

Geld ist der Kern der Probleme

Interview mit Michael Hartmann

Kaum einer kennt sich in Fragen sozialer Ungleichheit und der Rolle der Eliten dabei so gut aus wie der Soziologe Michael Hartmann. Ein TUP-Gespräch über die ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen und politischer Macht und was daran geändert werden sollte.

TUP: Professor Hartmann: Wann gehört jemand zur Elite?

Michael Hartmann: Eine absolut trennscharfe Definition gibt es nicht. Generell lässt sich sagen, dass zur Elite die Personen gehören, die in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen. So etwa Regierungsmitglieder, hohe Bundesrichter, hohe Bundesbeamte in Ministerien, Spitzenmanager oder die Eigentümer großer Unternehmen. Auf Deutschland bezogen hat man in allen empirischen Projekten der letzten Jahrzehnte ungefähr 4.000 Personen ausgemacht.

Waren Eliten historisch gesehen immer schon gleich zusammengesetzt oder gibt es unterschiedliche Entwicklungen bis in die Gegenwart hinein?

Die Ursprünge der Eliten sind unterschiedlich. Was sie jedoch alle auszeichnet hat, war die Tatsache, dass sie in ihrer Rekrutierung keinen auch nur annähernd repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung dargestellt haben. Eliten hatten immer schon die starke Tendenz, sich abzuschotten gegenüber der normalen Bevölkerung. Das hat sich im Verlauf der Jahrhunderte ein Stück weit gelockert. Wir haben heute – vor allem in der politischen Elite – einen offeneren Zugang als vor 400 oder vor 1.000 Jahren.

Sie sagten einmal, dass sich Elite vor allem dadurch auszeichnet, dass man politische und wirtschaftliche Macht besitzt.

Das ist der Unterschied zu früheren Jahrhunderten. Im antiken Rom oder im Feudal-system waren wirtschaftliche und politische Macht stärker miteinander verknüpft. Im Großbritannien des späten 17. Jahrhunderts waren die Reichsten unisono alle Mitglieder des Hochadels. Da gab es überhaupt niemanden – auch keine reichen Kaufleute –, der da reingekommen wäre; das kam erst später. Die sehr enge Verknüpfung von wirtschaftlicher und politischer Macht hat sich heutzutage aufgelöst.

Elite bedeutet immer, wenn man es kurz und knapp formulieren will, Macht und nicht Geld. Die Wirtschaft ist der einzige Bereich, wo sich das stark überschneidet. Zur Wirtschaft würde ich auch die privaten Medien zählen. Wenn man sich etwa den Springer-Chef Mathias Döpfner anschaut, dann ist das einer von denen, die einkommens- wie vermögensmäßig zu den wirklich sehr Reichen gehören, und gleichzeitig

gehört er zu den Mächtigen. Ansonsten ist Geld aber kein wirkliches Definitionsmerkmal.

Gibt es heutzutage bestimmte Rekrutierungsmuster oder gar Rekrutierungsbiografien bei Eliten, die sich verallgemeinern lassen?

Ja. In der Wirtschaft ist es am eindeutigsten, weil die Wirtschaft das in sich geschlossenste System ist. Hier entscheidet eine sehr kleine Zahl von Personen, ob jemand in eine Spitzenposition kommt oder nicht. Im Extremfall ist das ein Alleineigentümer. Bei börsennotierten Unternehmen entscheiden im Falle des Vorstandsvorsitzenden der Aufsichtsratschef und vielleicht noch ein, zwei Leute aus dem Aufsichtsrat sowie gegebenenfalls jemand von einer starken Eigentümerfamilie. Bei BMW etwa werden die beiden Quandt-Erben immer eine Rolle spielen, wenn es um die Besetzung einer Spitzenposition geht. Die Folge davon ist eine sehr exklusive Rekrutierung. Ich habe, beginnend mit dem Jahr 1970, immer wieder untersucht, wie sich die Spitzen in der Wirtschaft zusammensetzen. Das ist bis heute ein halbes Jahrhundert. Und es hat sich nichts geändert. Stets stammen vier von fünf Spitzenmanagern aus den oberen gut 4 Prozent der Bevölkerung.

Warum ist das so?

Diejenigen, die da oben sitzen, glauben fest, dass sie dort zu Recht sitzen, und als Nachfolger oder Mitstreiter suchen sie im Grunde immer nach einem Alter Ego. Es ist das Prinzip der Ähnlichkeit, das dahintersteht. Ähnlichkeit gibt es in verschiedenen Formen. In unserem Fall entscheidet die soziale Ähnlichkeit. Die Führungsfiguren erkennen sich an vielen Kleinigkeiten: wie man auftritt, wie man redet, welche Interessen man hat. Ein anderes Merkmal ist auch das Geschlecht. Frauen haben es deswegen so schwer, in Spitzenpositionen zu gelangen, weil die Männer erst mal nach Männern Ausschau halten. Anders gesagt: Je größer der Kreis derjenigen ist, die in Entscheidungen einbezogen werden, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass einheitliche Muster durchbrochen werden. Nach der Wirtschaft sind die privaten Medienkonzerne der geschlossenste Sektor. Friede Springer fand als Mehrheitseignerin Mathias Döpfner brillant, und das ist der wesentliche Grund, warum er bis heute an der Spitze des Konzerns steht. In der hohen Justiz ist es im Kern vergleichbar. Dort spielen für Karrieren die Beurteilungen durch Vorgesetzte eine ganz entscheidende Rolle, und Vorgesetzte beurteilen eben auch viel nach Ähnlichkeit.

Wie ist es in der Politik?

In der Politik ist es immer noch so, dass man für eine Spitzenposition relativ viele parteiinterne Gremien durchlaufen und schließlich von der Bevölkerung gewählt werden muss. Der Einfluss von kleinen Kreisen ist da begrenzter. Er ist allerdings in den letzten Jahrzehnten größer geworden. Das zeigt ein Blick auf die gegenwärtige Situation in der SPD: Die Partei hat eine neue Parteiführung gewählt, aber diejenigen, die in den ministeriellen Machtpositionen sitzen, tun einfach so, als gäbe es diese Parteiführung nicht. Die kann sich nicht gegen sie durchsetzen.

Eine Ihrer Thesen mit Blick auf die Politik lautet, dass sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten die Eliten immer weiter von den anderen Menschen entfernt haben. Woran machen Sie das fest?

Hauptsächlich habe ich es festgemacht an der politischen Kernelite. Unter den Mitgliedern der Bundesregierung, den Ministerpräsidenten, wichtigen Landesministern und Staatssekretären des Bundes hat es zwischen 1999 und 2009 einen gravierenden Wandel gegeben. Bis dahin hatten wir in Deutschland über lange Jahrzehnte ein Grundmuster, und das lautete: Knapp zwei Drittel der politischen Elite kommen aus der breiten Bevölkerung. Aus den oberen vier bis fünf Prozent des Landes stammte ein gutes Drittel. Das hat sich in diesem Jahrzehnt fast komplett umgekehrt, obwohl aufgrund der sozialen Zusammensetzung der ehemaligen DDR-Bürger eher das Gegenteil zu erwarten gewesen wäre. Mit ungefähr 50 zu 50 ist die Rekrutierung der politischen Elite derzeit zwar nicht mehr so exklusiv wie im vorigen Jahrzehnt, aber immer noch exklusiver als in der alten Bundesrepublik. Generell gibt es auf dieser Führungsebene oder auch in der Zusammensetzung des Bundestages aber kaum noch jemanden, der keinen akademischen oder vergleichbaren Hintergrund hat. Das ist eine drastische Einengung.

Was sind die Konsequenzen für die konkrete Politik. Anders gefragt: Folgt aus der Macht von Eliten auch eine Politik für Bessergestellte?

Ja, natürlich. Die Regel ist, dass diejenigen, die politische Verantwortung tragen, glauben, dass das, was sie machen, für das Land am besten ist. Nur: Ihr Blickwinkel auf das Land ist extrem verzerrt. Das ist bei den Journalisten der großen Medien genau dasselbe. Sie sehen die Wirklichkeit aus ihrer Perspektive, und ihre Perspektive ist die der oberen zehn Prozent. Ich mache hin und wieder eine Art „Test“ und lasse festangestellte Redakteure schätzen, wo die oberen 10 Prozent der Einkommensskala anfangen, wenn sie Alleinverdiener wären. Da kommt fast niemand auf die Idee, dass sie fast alle dazugehören. Die wissen schon, dass sie mehr verdienen als der Durchschnitt. Aber wie weit sie vom Durchschnitt weg sind, realisieren sie nicht. Wie auch: Sie bewegen sich ja fast nur unter ihresgleichen.

Die Wahrnehmung der Wirklichkeit wird eben maßgeblich geprägt durch das eigene Leben, durch die eigene Biografie. Es ist in der Regel nicht böser Wille, sondern es ist schlicht und einfach eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit, wenn man der Meinung ist, dass diejenigen, die arbeitslos sind, zu viel bekommen, während man selbst so hart arbeiten muss und so viel Steuern zahlt.

Stichwort soziale Ungleichheit: Worin zeigt sich für Sie soziale Ungleichheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

Es gibt viele Facetten von sozialer Ungleichheit, entscheidend sind jedoch immer die Unterschiede bei Vermögen und Einkommen. Selbst wenn Sie sich Geschlechterdifferenzen ansehen, muss man sagen: Das Problem bei Geschlechterdifferenzen sind ja weniger die Managerinnen, die es nicht bis in den Vorstandsvorsitz schaffen, sondern das Problem sind die vielen, vielen Frauen, die in ganz schlecht bezahlten Dienstleis-

tungsjobs arbeiten. Sie können sich nichts leisten, sondern müssen sehen, wie sie alles geregelt bekommen. Das höchste Risiko, in Deutschland arm zu sein, haben alleinerziehende Frauen mit drei oder mehr Kindern. Geld ist daher immer von größter Relevanz. Auch für die Bildung. Geld spielt auch hier eine Rolle – einmal für die Ausstattung der Bildungsinstitutionen, Stichwort: Ganztagschulen. Geld spielt aber auch in einem ganz anderen Sinn eine Rolle. In der Diskussion um die Vererbung von Bildungsarmut sind die materiellen Rahmenbedingungen aufseiten des Elternhauses sehr bedeutsam.

Inwiefern?

Ein Kind lernt schlicht besser, wenn es ein eigenes Zimmer hat in einer ruhigen Wohngegend, als wenn es mit zwei, drei oder vier Geschwistern in einem Zimmer an einer Hauptverkehrsstraße lebt. Das ist eine Frage von Geld und von nichts anderem. Diese Differenz wird sich zuspitzen, weil die Wohnverhältnisse immer weiter auseinanderdriften. Es gibt die teuren und die billigen Wohnviertel in einem viel größeren Maße als früher – und in den billigen Quartieren konzentrieren sich jene, die wenig verdienen, und in den teuren die, die es sich leisten können. Dadurch gibt es wiederum unterschiedliche Grundschulbezirke. Die Kinder kommen am Ende der Grundschule mit völlig unterschiedlichen Startvoraussetzungen in die Folgeschule.

Seit etwa zehn Jahren – vor Corona – gibt es in Deutschland ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, mal mehr, mal weniger. Zugleich nimmt aber die gravierende Ungleichheit zwischen Vermögen und dem Einkommen zu. Die Ungleichheit also zwischen denen, die Vermögen und ein höheres Einkommen haben, und denen, die darüber nicht verfügen. Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

Die Ursachen sind nicht in den letzten zehn Jahren zu suchen. Seit Mitte des Jahrzehnts ist es zwar nicht bei den Vermögen, aber bei den Einkommen durch den Mindestlohn und Reallohnsteigerungen sogar zu einer leichten Annäherung gekommen. Das wird sich durch die Folgen der Corona-Krise wieder dramatisch ändern. Mit Blick auf die letzten zwei Jahrzehnte sieht es aber generell anders aus. Ich nehme als Ausgangspunkt immer 1999, weil in diesem Jahr nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister die Schröder-Regierung auf einen neoliberalen Kurs einschwenkte – mit einschneidenden politischen Folgen.

Was meinen Sie konkret?

Bekannt ist natürlich die Agenda 2010 mit der Einführung von Hartz IV. Die Einführung des Arbeitslosengeldes II hat am unteren Ende zu einer deutlichen Verschlechterung geführt: Die Bereitschaft, sehr schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, ist beträchtlich gewachsen, um nicht in Hartz IV zu rutschen. Das war wesentlich für das rasante Wachstum des Billiglohnsektors. Hartz IV war und ist eine Drohkulisse. Hartz IV ist etwas völlig anderes als die vorher gezahlte Arbeitslosenhilfe, durch die der Lebensstandard weit weniger stark gesenkt wurde.

Was jedoch genauso wichtig ist und viel weniger diskutiert wurde, sind die enormen Vergünstigungen für die Reichen und Wohlhabenden. Bekannt ist noch die Sen-

kung des Spitzensteuersatzes um ein Fünftel. Die Körperschaftssteuer wurde aber auch gesenkt. Das hat vor allem für Unternehmer eine große Rolle gespielt. Hinzu kommt noch die Deregulierung der Finanzmärkte. Das spielt in der Diskussion über soziale Ungleichheit überhaupt keine Rolle. Von der Deregulierung der Finanzmärkte haben aber nur jene profitiert, die Wertpapiere in größerem Umfang gehabt haben. Und das sind die oberen Prozent der Bevölkerung, je weiter oben, umso mehr. Die kassieren die Dividenden, die inzwischen eine Größenordnung erreicht haben, die es früher so nicht gab.

Von welcher Dimension sprechen Sie?

Anfang des Jahrtausends haben die DAX-Konzerne gut 10 Milliarden Euro ausgeschüttet; inzwischen sind es fast 40 Milliarden. Dieses Jahr wird es wieder weniger sein, aber es wird immer noch dreimal so viel sein wie am Anfang des Jahrzehnts. Kurzum: Die Deregulierung der Finanzmärkte ist etwas, wovon der normale Bürger überhaupt nichts hat. Der hat es nur einmal als Steuerzahler gemerkt: In der Finanzkrise 2008 musste er für die Kosten aufkommen. Den Hauptteil solcher Kosten tragen in der Regel immer diejenigen, die niedrige oder normale Einkommen haben. Das klassische Motto: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Bei den Spitzensteuersätzen hat sich ja nichts geändert. Mit Blick auf die großen Vermögen spielt die Erbschaftsteuer eine wichtige Rolle. In der Regel sind es ja Firmenvermögen. Für die ist diese Steuer praktisch auf null gesenkt worden. Das heißt: Es wird eine weitere Vermögenskonzentration von Generation zu Generation geben, weil da überhaupt nichts mehr abgeschöpft wird.

Wann werden zu große soziale Ungleichheiten für ein demokratisches Gemeinwesen gefährlich?

Das kann man so allgemein nicht sagen. Generell gibt es einen Trend in fast allen großen westlichen Ländern – Frankreich, Großbritannien, den USA –, dass diejenigen, die politische Macht innehaben, aufgrund ihrer eigenen materiellen Situation und/oder ihrer familiären Tradition wenig Gespür für die Mehrheit der Bevölkerung haben und so permanent Entscheidungen zu Ungunsten dieser Mehrheit treffen. In welchem Maße sich das dann niederschlägt und zur Gefahr für die parlamentarische Demokratie wird, hängt ein bisschen von den jeweiligen nationalen Gegebenheiten ab. Generell ist die Gefahr groß, dass in einer polarisierten Gesellschaft diejenigen, die in Machtpositionen sitzen, versuchen, diese Macht zu erhalten, indem sie traditionelle demokratische Gepflogenheiten einfach außer Kraft setzen. Das kann man in all diesen drei Ländern sehen. Trump, Johnson und Macron versuchen, jeder auf seine Art, Mechanismen der Gewaltenteilung, vor allem die Macht der Parlamente und der Justiz, Stück für Stück auszuhöhlen und außer Kraft zu setzen. Hinzu kommt in immer größeren Teilen der Bevölkerung ein wachsender Vertrauensverlust in das parlamentarisch-demokratische System.

Wie kommt dieser Vertrauensverlust zum Ausdruck?

Viele Menschen haben das Gefühl, dass die Institutionen nicht mehr das machen, was man sich von ihnen versprochen hat. Dieses fehlende oder nachlassende Vertrauen führt zu einer Erosion von demokratischen Strukturen, weil sich immer weniger Menschen beteiligen. Diverse Studien belegen: Je weiter unten man in der Einkommenshierarchie ist, umso geringer ist die Bereitschaft, sich an den demokratischen Prozessen überhaupt noch zu beteiligen.

Was muss von wem getan werden, damit die Schere zwischen Arm und Reich wieder kleiner werden könnte?

Weil ich Geld für den Kern des Problems halte, sage ich immer ganz einfach: Man muss alle die Beschlüsse, die dazu geführt haben, dass die Schere größer geworden ist, soweit irgend möglich zurückschrauben.

Zum Beispiel wie?

Zum einen durch eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns, um den Niedriglohnsektor zu reduzieren. Außerdem müsste man die Regelsätze bei Hartz IV massiv erhöhen oder, noch besser, Hartz IV wieder abschaffen. Allgemein gesagt: Den enormen Druck, der durch die Agenda 2010 auf Arbeitslose, aber auch auf noch Beschäftigte ausgeübt wird, den müsste man deutlich reduzieren. Am oberen Ende müssten die ganzen steuerlichen Vergünstigungen zurückgenommen werden. Sprich: Eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Erbschaftsteuer, die den Namen auch verdient. Es tut den Erben nicht weh, wenn es einen Steuersatz von 25 Prozent gäbe. Da bleiben immer noch drei Viertel übrig. Zumal die Betroffenen ja schon Bildung, das Wissen, wie man Karriere macht, oder auch Kontakte geerbt haben. Schließlich noch die Vermögensteuer. Das ist nichts Neues, das ist alles bekannt. Ich würde mich immer auf diese Aspekte konzentrieren, weil die Verteilung von Geld in einer Gesellschaft im Kern immer die Frage berührt, wie gleich oder wie polarisiert eine Gesellschaft ist.

Schlagen wir zum Abschluss den Bogen zur Corona-Krise. Krisen gelten in der Theorie gemeinhin als gesellschaftlicher Gleichmacher. Könnten Sie sich vorstellen, dass diese Krise auch dazugehört?

Es gibt unterschiedliche Szenarien. Ich glaube schon, dass diese Krise dazu führen wird, über Gesundheitsfragen anders zu denken. Es wird eine Diskussion geben über das Desinteresse der Pharmaindustrie, auf Gebieten zu forschen, die nicht profitabel sind. Es wird eine kritische Diskussion über die Fallpauschalen und die Privatisierung von Krankenhäusern geben. Das ist aus meiner Sicht die positive Folge. Wenn es darum gehen wird, wie Hunderte Milliarden Neuverschuldung wieder refinanziert werden sollen, dann wird man wahrscheinlich in die bekannten Muster zurückfallen.

Was bringt Sie zu dieser Annahme?

Es genügt schon jetzt ein Blick darauf, wer wie bedacht wird. Da wird klar ersichtlich: Jene, die mehr Macht und Einfluss haben – zum Beispiel die großen Unternehmen

wie die Lufthansa oder die Autoindustrie –, werden natürlich eher bedacht als etwa die vielen Minijobber oder die, die in der Gastronomie arbeitslos werden. Gut, wenn diese Menschen Hartz IV beantragen, müssen sie ihr Vermögen nicht offenlegen. Aber denjenigen, die wie die meisten kein Vermögen haben, nützt das nichts. Wieso bei Hartz IV nicht einen großen Schritt machen und sagen: Wir stocken den Hartz-IV-Satz jetzt einfach um 50 Prozent auf, damit die Leute wenigstens halbwegs davon leben können. Daran denkt keiner der Entscheidungsträger. Wenn es jedoch um große Unternehmen geht, dann „müssen“ die natürlich gerettet werden; und wenn sich der Staat daran beteiligen muss, dann muss er sich eben daran beteiligen. Das wurde bei der Commerzbank schon einmal so gemacht. Es hat den Staat eine zweistellige Milliardensumme gekostet. Würde man mit solchen Summen etwa an die Hartz-IV-Sätze herangehen, wäre da sicher eine Menge Spielraum, etwas zu verbessern.

Es sind zudem Entwicklungen absehbar, die erst auf Dauer spürbar werden. Beispiel Homeschooling. Das funktioniert sicher in einem gut gebildeten und materiell gesicherten Haushalt, aber kaum in Haushalten aus sozialen Brennpunkten. Sprich: Die Bildungsunterschiede werden wachsen. Doch darüber diskutiert im Augenblick kaum jemand. Die, über die man im Augenblick in den Medien am ehesten diskutiert, sind jene Leute, die einen engeren Draht zu Medien haben: die Kulturschaffenden. Denen geht es tatsächlich schlecht. Im Vergleich dazu haben es aber etwa die vielen entlassenen Gastronomie-Kräfte ungleich schwerer, mediale Aufmerksamkeit zu finden.

Könnte es im Zuge der Corona-Krise einen Mentalitätswandel innerhalb der Eliten geben?

Im Zuge der Finanzkrise hatte ich kurzzeitig auch gedacht, das es dazu kommen könnte: Schließlich wurde selbst unter den Eliten für ein, zwei Jahre überlegt, ernsthaft an die Regulierung der Finanzmärkte ranzugehen und die Banken deutlich stärker an die Kandare zu nehmen. Doch diese Diskussion war recht schnell wieder beendet. Ich fürchte, es wird dieses Mal so ähnlich sein; es ist ja im Kern dasselbe Spitzenpersonal. Wahrscheinlich wird man versuchen, die Kosten letztlich doch wieder der Normalbevölkerung aufzubürden und die Wohlhabenden und Reichen weitgehend zu verschonen. Die Reaktionen auf den Vorschlag der SPD-Co-Vorsitzenden Saskia Esken, eine Vermögensabgabe einzuführen, um die Kosten der Corona-Krise zumindest teilweise zu finanzieren, zeigen das schon jetzt deutlich.

Interview: Peter Kuleßa

Michael Hartmann

ist emeritierter Professor für Soziologie an der TU Darmstadt.

E-Mail: hartmann@ifs.tu-darmstadt.de

Das Interview wurde Ende April 2020 geführt.